



## Regierungsratsbeschluss vom 03. Dezember 2019

Nationalrat; Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit; 16.419 Parlamentarische Initiative. Wettbewerbspreise bei Medizinalprodukten der Mittel- und Gegenständeliste; Vernehmlassung

---

P191346

1. Der Regierungsrat genehmigt das vorgelegte Antwortformular an die Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit des Nationalrats (SGK-NR).

### **Begründung**

Gemäss Vorentwurf sollen alle Preise für Mittel und Gegenstände in Verträgen zwischen Versicherern und Leistungserbringern geregelt werden. Mit der vorgesehenen Teilrevision des Bundesgesetzes über die Krankenversicherung könnten Bund und Kantone bei der Preisgestaltung nicht mehr eingreifen, wenn die Versicherer mit den Anbietern direkt Verträge abschliessen. Dadurch könnte eine bedarfsgerechte Versorgung nicht mehr zuverlässig und effizient gewährleistet werden. Die Schaffung einer kantonalen Kontrollstelle, welche auf Meldung einer versicherten Person oder eines Leistungserbringers überprüfen muss, ob der jeweilige Versicherer eine qualitativ hochstehende und zweckmässige gesundheitliche Versorgung gewährleistet, führt zu einem bedeutenden Mehraufwand für die Kantone. Die bisherige Regelung soll deshalb beibehalten resp. die laufenden Revisionsarbeiten das BAG sollten abgewartet werden.

